

INFORMATIONEN

Aquinostraße 7 – 11 • 50670 Köln • Telefon 0221 97269 -20 • Fax 0221 97269 -31
 info@grundrechtekomitee.de • www.grundrechtekomitee.de

WELCOME 2 STAY

Zusammenkunft der Bewegungen des Willkommens, der Solidarität, der Migration und des Antirassismus

Leipzig, 10.-12. Juni 2016, Pavillon der Hoffnung (Alte Messe, Halle 14, Puschstr. 9); aktuelle Info zum Programm unter: www.welcome2stay.org



■ Die Gesellschaft hat sich in den letzten zwölf Monaten rasant verändert; es hat etwas Neues begonnen. Die Kraft der Migration – der Flüchtenden – hat Grenzen überwunden. Nun werden die Mauern um die Festung Europa wieder geschlossen, das Sterben an den Außengrenzen geht weiter. Rassistische Gewalt und rechte Wahlerfolge erreichen erschreckende Ausmaße.

Und es ist klar: Die Bundesregierung wie auch die EU wollen einen zweiten „Sommer der Migration“ verhindern und haben die schärfsten Asylgesetze, widerliche Abschiebe-Deals und eine neue Hierarchie von Flüchtenden durchgesetzt.

Gleichzeitig haben die Monate unzählige Erfahrungen der Begegnung, der Solidarität und des gemeinsamen Widerstands hervorgebracht. Es waren die tausenden Helfer*innen – darunter unzählige Mitglieder, Unterstützer*innen, Beteiligte des Grundrechtekomitees und anderer Bürger- und Menschenrechtsorganisationen – die unmissverständlich klar gemacht haben, dass dieses Deutschland auch

ein solidarisches Land für alle sein kann. Diese Vielen schienen längst zu wissen, dass wir in einer Welt leben, in der es kein Außen mehr gibt (das Mittelmeer, der Süden, die Kriege). Und sie wussten auch, dass es nicht die Appelle an die Regierenden und Behörden sind, die dem zynischen „business as usual“ ein Ende setzen, sondern dass sie selbst „Hand anlegen“ müssen: ob beim Grenzübertritt, dem Organisieren von Unterkünften, Fußballspielen oder Jobs, bei der Beratung gegen das Tun von Behörden und Betreibern von Unterkünften oder mit „Rat und Tat“ gegen „Nein zum Heim“-Initiativen.

Diese „Bewegung der Solidarität“ ist als radikal demokratischer Kern einer noch zu erfindenden Gesellschaft der Zukunft zu sehen. Gleichzeitig ist sie verstreut, kaum im politischen Diskurs präsent und uneinig in ihren Ambitionen. Sie war von Beginn an heterogen, in ihrer Praxis aber eindeutig und klar. Das ist ihre Stärke – zugleich auch ihre Schwäche?

Was passiert denn, wenn es nicht mehr nur um direkte Solidarität geht, sondern vermehrt um „politische Fragen“ der Gesetze und Grenzen, der Abschottung und der Spaltung? Wie lässt sich das Willkommen in eine Struktur des Ankommens überführen? Wie können



Internationaler Tag gegen Rassismus, Köln, März 2016 – © 2016 Berthold Bronisz.; R-mediabase.de

wir den Spaltungen, den Abschiebungen, der Rechtsentwicklung etwas entgegensetzen? Wo beginnt das Ausnutzen dieser (radikal) demokratischen Praxis durch Behörden und Institutionen, wenn sie als „Ehrenamt“ zum Objekt staatlichen Handelns instrumentalisiert wird? Wie kann die Frage nach gleichen Rechten und sozialer Infrastruktur (Wohnraum, Jobs, Bildung) für alle, die durch die Migration erneut und verschärft gestellt wird (aber selbstverständlich „vorher“ schon da war), gegen „die Schwarze Null“, die behördliche Mangelverwaltung und

**Spendenkonto
 Komitee für
 Grundrechte und
 Demokratie
 Volksbank Odenwald
 IBAN
 DE76 5086 3513 0008 0246 18
 BIC GENODE51MIC**

alle Spaltungsversuche verteidigt werden und einen nächsten radikal und sozial demokratischen Aufbruch in Gang setzen?

Zeit also zusammenzukommen und alles auf den Prüfstand zu stellen. Zeit, zu reden und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Dies ist die Motivation der von „Welcome2Stay“ initiierten Zusammenkunft.

Das Grundrechtekomitee ist Teil dieser Initiative: Da wir selbstverständlich für die Rechte der Entrechteten eintreten, uns als Teil dieser Solidaritätsbewegung begreifen und deswegen auch vor eben diesen Herausforderungen stehen. Und wir sind dabei, da wir in den Auseinandersetzungen der letzten Monate die Chance sehen, die Frage nach der Gesellschaft, in der wir leben wollen, endlich wieder auf die politische Bühne zu heben. Wir wissen, die Frage von Teilhabe, Gerechtigkeit, Demokratie ist eine weltweite Frage, deren Lösung außerhalb von der nichts als Leid erzeugenden Abschottung von vermeintlichen Reichtumsinseln und dem Ausspielen verschiedener Bevölkerungsteile liegt. Hier liegt aber eben auch die Chance einer zukünftigen Gesellschaft, die Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden schaffen kann. Wir wissen, dass eine solche Gesellschaft nicht durch formale politische Maßnahmen aufzubauen ist. Vielmehr geht es um eine Öffnung der Gesellschaft, die auch die alltäglichen „Kleinigkeiten“ und uns umfasst.

Deswegen laden wir alle ein, vom 10. bis 12. Juni in Leipzig dabei zu sein. Wir laden ein, diese Zusammenkunft in lokale Initiativen zu tragen. Alle sollen sich mit ihren Fragen und Erfahrungen an der Diskussion beteiligen. „Gemeinsam in Bewegung kommen“ – dafür brauchen wir Austausch und Vernetzung, Verabredungen und neue Visionen. Und dafür braucht es all die Vielen, die sich in den letzten Monaten und Jahren an verschiedenen Orten für eine andere Gesellschaft, in der wir leben wollen, eingesetzt haben.

◆ *Corinna Genschel*

Auch viele Komitee-Mitglieder haben den Appell unterzeichnet, den Einsatzversorger „Bonn“, der zur Flüchtlingsabwehr unter NATO-Kommando in der Ägäis unterwegs ist, zurückzubehalten. Der

Antrag wurde im Bürgerausschuss am 26.4.2016 beraten. Der Hauptantrag auf ein Ersuchen zur Rückbeorderung wurde als nicht gemeindliches Anliegen abgelehnt, der Hilfsantrag auf Namensentziehung dem Rat der Stadt Bonn überwiesen. Kommentar von Martin Singe: NATO-Auftrag; Flüchtlingsabwehr in der Ägäis <http://www.grundrechtekomitee.de/node/756>



Blog: Meinung

■ **Wöchentlich erscheint ein Kommentar zu den vielen Themen, die uns beschäftigen. Wir greifen nur wenige heraus:**

Wi(e)der die Leitkultur einer deutschen Nation

Helmut Pollähne kommentiert das bayerische Integrationsgesetz. „Was hier vermeintlich harmlos und wohlmeinend als ‚Integrationsgesetz‘ daherkommt, ist nicht weniger als der alarmierende Versuch, der ‚deutschen Nation‘ (bayerischer Prägung) eine ‚Leitkultur‘ zu verpassen, für die künftig alle Nichtdeutschen in die Pflicht genommen werden. (...) Das bayerische Nationalkabinett propagiert mit diesem Integrationsgesetz eine ‚Rechtsordnung‘, die mit dem bisherigen Verständnis der ‚verfassungsmäßigen Ordnung‘ kaum mehr zu vereinbaren ist. Die Androhung einer Geldbuße ‚bis zu 50.000 €‘ dürfte aber nicht ausreichen, die CSU davon abzubringen. (...)“

Terrorexperten als Nebelwerfer

Heiner Busch setzt sich mit der „nahtlosen“ europäischen Zusammenarbeit von Polizeien und Geheimdiensten auseinander, die das

Problem, nicht die Problemlösung ist. „Dabei war die Rede vom ‚Sicherheitsverlust‘ durch Grenzabbau von Anfang an falsch. Systematische Grenzkontrollen ließen sich schon in den 70er Jahren nur für kurze Zeitspannen aufrechterhalten.“ Parlamentarische Kontrolle bleibt unmöglich, da alle wesentlichen Informationen im Namen des Staatswohls geheim gehalten werden.

Wahlkampfgebiet Nordkiez

Christian Schröder berichtet aus Berlin: „Seit einigen Monaten kommt der Friedrichshainer Nordkiez in Berlin aus den Schlagzeilen nicht mehr heraus. Das hat weniger mit der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung vor Ort zu tun, sondern vor allem mit dem Wahlkampf in der Hauptstadt.“ (...) Im „Gefahrengebiet“ Nordkiez ist eine Eskalation „von einigen politischen Entscheidungsträger*innen durchaus erwünscht, so lange es ihrer Profilierung im Wahlkampf nützt. Was auf der Strecke bleibt, sind die Grund- und Bürgerrechte – und natürlich ein Stück gesunder Menschenverstand.“

<http://www.grundrechtekomitee.de/meinung>
twitter: grundrechte1

◆ *Elke Steven*

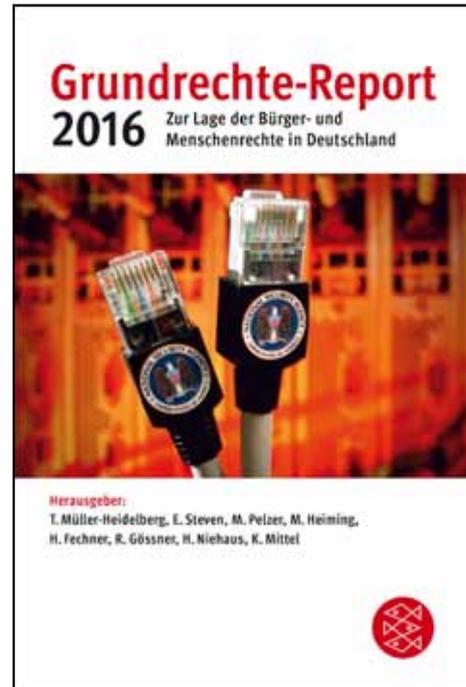
Grundrechte-Report 2016

Der „Grundrechte-Report 2016“ thematisiert nicht nur die globale Massenüberwachung durch Geheimdienste, den umfassenden Datenmissbrauch und die strukturelle Verharmlosung rechter Gewalt. Das jährlich erscheinende Handbuch zu Menschenrechts- und Grundrechts-Verletzungen in Deutschland berichtet unter anderem von der Abschottung gegenüber Flüchtlingen durch Grenzsicherungen, den unzähligen Abschiebungen von Asylsuchenden sowie von der Inkaufnahme des tausendfachen Todes von Flüchtlingen im Mittelmeer.

Hrsg.: Till Müller-Heidelberg, Elke Steven, Marei Pelzer, Martin Heiming, Heiner Fechner, Rolf Gössner, Holger Niehaus, Martin Stöbel – im Namen von acht Bürgerrechtsorganisationen

Preis 10,99 Euro – ISBN: 978-3-596-03288-4 (ab 25.5.2016)

Zu bestellen in der Geschäftsstelle: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, info@grundrechtekomitee.de, 0221 97269 30; Fax: 0221 97269 31



Überbordende Strafverfolgung – Solidarität mit Friedensaktivisten

■ **Über Meinungs- und Kunstfreiheit wird dieser Tage lebhaft diskutiert und öffentlichkeitswirksam für diese Grundrechte gestritten.**

Die Staatsanwaltschaft Koblenz jedoch verfolgt einen Friedensaktivisten wegen eines Flugblattes in maßlosem Engagement, obwohl ein Oberstaatsanwalt derselben Behörde bereits einmal einen Anfangsverdacht verneint hatte. Es geht um die nukleare Teilhabe Deutschlands und die Aufrüstung der in Büchel stationierten Atomwaffen. Hermann Theisen fordert in unterschiedlichen Flugblättern Soldaten und Zivilbeschäftigte auf, die Öffentlichkeit über die Hintergründe der geplanten Neustationierung von zielgenaueren Atombomben zu informieren, die er als völkerrechts- und grundgesetzwidrig erachtet.

Am 20. April 2016 veröffentlichten wir eine Presseinformation von Elke Steven: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/769>

Am 28. April 2016 erschien auf den NachDenkSeiten ein längeres Interview mit Elke Steven, in dem es vor allem um den gesellschaftlichen Kontext geht: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=33180>

Aktiv gegen neue Atombomben in Büchel

Am 4. Juni 2016 will eine Gruppe im Rahmen der neuen Dauerpräsenz in Büchel am dortigen Atomwaffenlager mit einigen Aktiven aus dem Komitee-Umfeld Aktionen veranstalten. Wir treffen uns bereits am Abend des 3.6. Natürlich kann man auch am 4.6. morgens direkt zur Aktion kommen. Wer sich beteiligen möchte, nehme bitte Kontakt auf über martin.singe@t-online.de / Informationen auch über buechel-atomwaffenfrei.de – Dort findet man einen Aktionskalender.

Die Flüchtlinge aus Idomeni jetzt in Europa aufnehmen!

■ **Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat am 23. März 2016 einen dringlichen Appell an die Bundesregierung geschickt, die Flüchtlinge aus Idomeni aufzunehmen. Viele haben dies unterstützt.**

(<http://www.grundrechtekomitee.de/node/752>) Unterstützt haben wir auch eine entsprechende Initiative unter dem Motto „Züge der Hoffnung“: <http://faktencheckhellas.org/appell/> In manchen Gemeinden fordern nun Bürger*innen den Stadtrat auf, die Aufnahme von Flüchtlingen zu beschließen. Z.B. Wuppertal unter: <https://cars-of-hope.org/>

Big Data und die medizinische Forschung

■ **Am 14. April 2016 hat das EU-Parlament nach langem Streit eine EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) verabschiedet.**

Der Streit um die Interpretation der EU-DSGVO wird demnächst öffentlich anheben. Wolfgang Linder hat sich schon einmal mit dem Teil, der die Nutzung der Gesundheitsdaten für die Forschung regelt, auseinandergesetzt. Elke Steven führt in die Fragen zum Datenschutz und die Bezüge zum Biobankprojekt NaKo ein: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/771>

Friedenspolitisches Symposium zur Erinnerung an Andreas Buro am 19. Juni 2016



Frankfurt, Sonntag, 19.6.2016,
Saalbau Bockenheim, Schwälmer Str. 28,
60486 Frankfurt/M.
(S: Ffm-West; U: Bockenheimer Warte)

11.00 Uhr (Einlass ab 10.15 Uhr) – 17.00 Uhr

Veranstalter: Komitee für Grundrechte und Demokratie,
Ärzte gegen den Atomkrieg – IPPNW, Netzwerk Friedens-
kooperative, Dialogkreis, Friedens- und Zukunftswerkstatt

11.00 Uhr: Begrüßung: Martin Singe,
Grundrechtekomitee

11.15 Uhr: Dr. Volker Böge, Friedensforscher:
**Erinnerung an Andreas Buro:
Persönliches und Politisches**

11.45 Uhr: Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach,
Friedens- und Konfliktforscherin:
**Friedenslogik statt Sicherheitslogik –
Zur Zukunft ziviler Konfliktbearbeitung**

12.15 Uhr: Prof. Dr. Egbert Jahn, Friedensforscher:
**Zivile Konfliktbearbeitung als Mittel
zur Kriegsprävention, Kriegsbeendigung
oder Nachkriegsgestaltung**

12.45 Uhr: Statements und Fragen aus dem Publikum

13.15-14.00 Uhr: Mittagspause

Strategiekonferenz 2009 in Bremen; © Renate Wanie

14.00-15.00 Uhr: **Podiumsgespräch: Zur Zukunft ziviler Konfliktbearbeitung – wie realistisch ist eine Überwindung der Militärpolitik der Bundesrepublik bzw. eine Zurückdrängung der militärischen Interventionspolitik?**

Mit: Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Prof. Dr. Egbert Jahn, Susanne Grabenhorst, IPPNW, Dr. Volker Böge; Moderation: Uli Wohland, Werkstatt Gewalt-Aktion Baden

freie

15.00-16.30 Uhr: **Podiumsgespräch: Chancen ziviler Konfliktbearbeitung im Nah-Mittel-Ost-Konflikt**

Mit Memo Sahin, Dialogkreis; Dr. Gisela Penteker, IPPNW, Prof. Dr. Werner Ruf, Friedensforscher; Moderation: Matthias Jochheim, IPPNW

16.30-17.00 Uhr: Kurzstatements in Erinnerung an Andreas Buro

17.00-18.00 Uhr: Möglichkeit zur Begegnung

Bitte formlose Anmeldung an info@grundrechtekomitee oder 0221 9726930, Fax 0221 9726931

Alle Artikel und Texte können in der Geschäftsstelle des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Aquinostraße 7-11, 50670 Köln, als Ausdrucke angefordert werden. (0221 9726930; info@grundrechtekomitee.de)